

#### **Antrag 4**

Antragssteller: Kommission Bildung

#### **Lehrkräftemangel jetzt und nachhaltig bekämpfen**

Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- die Durchführung einer Werbekampagne für den Lehrerberuf durch das Bildungsministerium,
- dass der Einsatz als Lehrkraft an einer anderen Schulart erleichtert wird
- Absolventen des Lehramtstudiums für die Sekundarstufe II die Möglichkeit erhalten, sich im Vorbereitungsdienst an einer Gemeinschaftsschule ohne Oberstufe ausbilden zu lassen,
- dass die Anzahl der schulischen Assistenzkräfte in der Grundschule erhöht wird,
- dass die Maßnahmen, die die Allianz für Lehrkräftebildung dem Ministerium zur Bekämpfung des Lehrkräftemangels und Gewinnung von Lehrkräften vorschlägt, umgesetzt werden
- Erhöhung der Lehramtsstudienplätze für Schulformen und Schulfächer, die vom Lehrermangel betroffen sind
- die Schulen jährlich anzuschreiben, um den Einsatz von FSJlern anzuregen
- eine Prüfung außerschulischer Kooperationen,
- eine Erhöhung der Poolstunden für Schulen,
- eine anonyme Umfrage unter den Lehrkräften über die Gründe der Teilzeitarbeit durchzuführen,
- dass langfristig die Verkleinerung von Lerngruppe angestrebt werden soll.

#### **Begründung:**

Mit Beginn des neuen Schuljahres wird der Lehrermangel in den Medien stark thematisiert. Deutschlandweit sind tausende Stellen unbesetzt. Die Prognose der Kultusministerkonferenz (KMK) für die kommenden Jahre lässt keine Verbesserung der Situation erwarten. Auch in Schleswig-Holstein waren kurz vor Schuljahresbeginn noch 200 Stellen an Schulen nicht besetzt. Aus diesem Grund gehört das Thema des Lehrkräftemangels dringend auf die Tagesordnung. Das Bildungsministerium sollte schnellstmöglich eine Werbekampagne ins Leben rufen, welche die Attraktivität des Lehrerberufs verdeutlicht und gleichzeitig die gesellschaftliche Wertschätzung insgesamt erhöht.

Es ist ein Überschuss an Gymnasiallehrkräften zu beobachten. Daher sollte es ermöglicht und explizit dafür geworben werden, dass diese auch an anderen Schularten unterrichten können. Außerdem muss in Zeiten des Lehrkräftemangels der Zustand beseitigt werden, dass es einem Absolventen des Lehramtstudiums für die Sekundarstufe II aufgrund einer Überqualifizierung verwehrt ist, seinen Vorbereitungsdienst an einer Gemeinschaftsschule ohne Oberstufe zu absolvieren.

Da Differenzierungsmaßnahmen durch Team Teaching aufgrund des Lehrkräftemangels an den meisten Schulen zur Seltenheit gehören, sollte außerdem die Anzahl der Schulischen Assistenzkräfte in der Grundschule erhöht werden. Diese bieten Unterstützung im Unterricht und bei weiteren organisatorischen Aufgaben und tragen so zu einer Entlastung der Lehrkräfte bei. Zudem können FSJler vermehrt in den Schulbetrieb eingebunden werden, um den Schulalltag zu unterstützen und so den Lehrerberuf kennenzulernen. Hierzu sollten die Schulen jährlich angeschrieben werden. Zwecks niedrigschwelliger Umsetzung ist ihnen ein kurzer Leitfaden an die Hand zu geben. Darüber hinaus sind Kooperationen mit außerschulischen Akteuren zu prüfen, um insbesondere den Schwimmunterricht aufrecht erhalten zu können. Denkbar ist auch, dass geeignete Personen wie z.B. Chorleiter für den Musikunterricht eingesetzt werden oder AGs anbieten können, um ein vielfältiges Angebot für die Schülerinnen und Schüler sicherzustellen. Neben der täglichen Arbeit übernehmen Lehrkräfte verschiedene zusätzliche Aufgaben, um u.a. bei der Schulentwicklung mitzuwirken (z.B. Entwicklung und Umsetzung innovativer Projekte, Gestaltung des Jahrbuchs etc.). Jede Schule erhält aufgrund verschiedener Faktoren eine gewisse Anzahl an Poolstunden, welche für Schulleitungen und Lehrkräfte mit besonderen Aufgaben zur Verfügung stehen und Entlastung der Unterrichtsstunden bedeuten. An vielen Schulen ist die gerechte Aufteilung aufgrund geringer Poolstunden und der höheren Anzahl an Lehrkräften mit besonderen Aufgaben eine Herausforderung. Eine Erhöhung der Poolstunden könnte Abhilfe schaffen und zusätzlich der steigenden Arbeitsbelastung, insbesondere im Zuge der Coronapandemie, entgegenreten.

Jede Lehrkraft verzeichnet durch verschiedene Faktoren eine unterschiedliche Arbeitsbelastung: das Einzugsgebiet der Schule, zu unterrichtende Klassen, der Einsatz als

Klassenlehrkraft, weitere Aufgaben in der Schule etc. Um als Lehrkraft gesund zu bleiben oder auch aufgrund privater Bedingungen (z.B. Kinder), sollten Lehrkräfte, die in Teilzeit arbeiten, nicht zu einer Mehrarbeit verpflichtet werden. Mit der Überlegung der Bildungsministerin, dies möglicherweise zu tun, ginge man das Risiko ein, genau das Gegenteil zu erreichen. Denn Lehrkräfte könnten durch Zunahme der Arbeitsbelastungen komplett ausfallen. Insoweit ist auch der Koalitionsvertrag zu zitieren, in dem davon gesprochen wird, dass auf den Prüfstand gestellt werden muss, „von welchen Aufgaben Lehrkräfte und pädagogisches Fachpersonal entlastet werden können, was für die Gesundheit von Lehrkräften getan und wie der Zugang zum Lehrerberuf erweitert und verbessert werden kann.“ Um langfristig eine Steigerung der Arbeitszeiten zu erreichen, sollte eine Umfrage unter den Lehrkräften über die Gründe der Teilzeitarbeit durchgeführt werden. Basierend auf diesen Ergebnissen sollte evaluiert werden, an welchen Stellen Lehrkräfte entlastet und welche Anreize für eine Mehrarbeit gesetzt werden können.

Des Weiteren wurde seitens des Landesrechnungshofs vorgeschlagen, in den nächsten Jahren mehr Kinder in einer Klasse zu unterrichten. Doch schon heute weisen die Klassen eine hohe Heterogenität auf. Um als Lehrkraft den Kindern weiterhin gerecht zu werden, eine individuelle Förderung zu gewährleisten und somit die Unterrichtsqualität auf einem hohen Niveau zu halten, ist von einer Erhöhung der Anzahl von Schülerinnen und Schülern in einer Klasse abzusehen. Zudem würde eine erhöhte Arbeitsbelastung der Attraktivität des Lehrberufs schaden. Aufgrund der dargelegten Gegebenheiten und des Lehrkräftebedarfs sollte langfristig eher eine Verkleinerung der Klassen das Ziel sein. Der Koalitionsvertrag zwischen CDU und Bündnis 90/Die Grünen sieht die Einführung einer zusätzlichen Unterrichtsstunde in der 1. und 2. Klasse der Grundschule vor. Diese Unterrichtsstunde mehr im Stundenplan würde eine erhöhte Anzahl an zu unterrichtenden Stunden bedeuten, sodass mehr Lehrkräfte benötigt werden. Dies würde den Lehrkräftemangel verschärfen.